

ver.di

vaau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

17. August 2022

ver.di-Gesprächsreihe mit der Abteilungsleiterin III Susanne Klose „Es war ein großer Fehler der Vergangenheit, den mittleren Dienst abzubauen.“

Die Vertreter des ver.di-Fachvorstands Steuerverwaltung, Eric Lausch und Jörg Bewersdorf, sind am 16. August 2022 erneut mit der Abteilungsleiterin III, Susanne Klose, zusammengekommen, um wieder aktuelle Fragen und Problemstellungen aus den Finanzämtern zu erörtern.

„Es fehlen mindestens 800 Dienstkräfte für die Arbeitsbewältigung.“

Mit diesen Worten wies Eric Lausch unter Hinweis auf die zuletzt veröffentlichte Quartalstatistik auf die prekäre Personalsituation in den Berliner Finanzämtern hin. Von rd. 6.530 Haushaltsstellen waren danach am 31.12.2021 gerade einmal 6.005 auf Grundlage der tatsächlichen Arbeitszeit besetzt. SenFin hatte



kürzlich die Berechnung umgestellt und weist nun nur noch den Unterbestand zwischen Haushaltsstellen und den besetzten Stellen aus, unabhängig davon, in welchem Umfang die jeweiligen Stelleninhaber tatsächlich tätig sind. Diese veränderte Darstellung kann aber die ver.di-Vertreter von den tatsächlichen Verhältnissen nicht ablenken. „Zu dem ausgewiesenen Unterbestand von 525 kommen noch die 280 zum Haushalt neu angemeldeten Stelle hinzu, die in diesen Zahlen noch gar nicht enthalten sind,“ so Eric Lausch weiter. „Dabei hat die PersBB 2021 einen Mehrbedarf von 675 Stellen ergeben, der nur zum Teil zum Haushalt angemeldet wurde“, ergänzt Jörg Bewersdorf.

Die Abteilungsleiterin III, Susanne Klose nahm die Kritik entgegen, wies aber darauf hin, dass die Ausbildungskapazitäten in KW ausgereizt seien. Derzeit werde überlegt, wie man mittelfristig dennoch zu einem Abbau des Unterbestands kommen könne. „Wir brauchen einen Befreiungsschlag

für die Festsetzung. Es war ein großer Fehler der Vergangenheit, den mittleren Dienst abzubauen.“, so Susanne Klose. Allein mit dem Quereinstieg sei das nicht zu schaffen. Die konkreten Überlegungen zur Verbesserung der Personalsituation insbesondere im mittleren Dienst, die gerade im Ausbildungsreferat erarbeitet werden, hätten aber noch nicht den Stand erreicht, um sie zu veröffentlichen. Die Kritik von ver.di sei aber durchaus hilfreich, wenn es darum gehe, konkrete Planungen auch politisch durchzusetzen.

„Die aktuelle Zahl der A 8-Stellen wird nicht in Frage gestellt.“

Die ver.di-Vertreter wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Veröffentlichung unter Punkt 3 des Protokolls der letzten Amtsleitungsbesprechung vom 06.07.2022 im mittleren Dienst für Unruhe gesorgt hätte. Hier hätte der Eindruck entstehen können, dass pro Finanzamt ca. 4 A 8-Stellen zu viel ausgewiesen seien und daher auf längere Sicht keine entsprechenden Beförderungen mehr möglich seien. Susanne Klose stellte klar, dass die Aussetzung der Stellenobergrenzenverordnung auch über 2022 hinaus fortgesetzt werden soll. Die Ausschreibung freier A 8-Stellen sei weiterhin uneingeschränkt möglich. Die Abteilungsleiterin sicherte den ver.di-Vertretern zu, dass die Abteilung III der Senatsverwaltung für Finanzen an einer Verbesserung der Beförderungssituation im Sinne der Beschäftigten arbeite.

„Gemeinsame Veranstaltungen zur Ernennung und Diplomierung sollen wieder stattfinden.“

Eric Lausch beklagte, dass die neu eingestellten Anwärtnerinnen und Anwärtner nicht wie in früheren Jahren zu einer gemeinsamen Ernennungsveranstaltung eingeladen wurden. Und auch die Absolventinnen und Absolventen erhielten ihre Zeugnisse bzw. Diplome nicht wie in Brandenburg in einer gemeinsamen Feierstunde. *„Wenn zentrale Termine für die Abschlussklausuren möglich sind, dann sollte das auch für andere Veranstaltungen denkbar sein. Ein Ort dafür, z. B. die Messe, die Urania oder ein größeres Kino, sollte doch zu finden sein“*, ergänzte Jörg Bewersdorf die Kritik.

Susanne Klose sicherte zu, dass man auch bei SenFin wieder zu gemeinsamen Veranstaltungen zurückkehren wolle. Sie warb aber auch um Verständnis, dass man dies in diesem Jahr aufgrund der Pandemiesituation noch nicht in Erwägung gezogen hätte, zumal sie erst sehr kurzfristig davon erfahren hätte, dass Brandenburg überraschend doch eine zentrale Veranstaltung für seine Absolventinnen und Absolventen durchgeführt hat. Ergänzend schilderte Frau Klose, dass die Berliner Absolventinnen und Absolventen eine eigens gestaltete Tasche mit einigen Überraschungen und einem Anerkennungsschreiben erhalten hätten, die über die Amtsleitungen verteilt wurden. Außerdem bekommen die Berliner neu eingestellten Anwärtnerinnen und Anwärtler ein iPad ausgehändigt. *„Hier haben wir gegenüber Brandenburg die Nase vorn, das muss auch mal gesagt werden“*, so Susanne Klose.

„Die Veröffentlichungen im AIS haben sich nach der ver.di-Kritik erkennbar entwickelt.“

Eric Lausch sprach seine Anerkennung dafür aus, dass nach der deutlichen ver.di-Kritik in verschiedenen Veröffentlichungen und Gesprächen nun eine positive Entwicklung bei den Veröffentlichungen im AIS erkennbar sei, auch wenn es hier noch Luft nach oben gebe. Insbesondere die Hinweise auf die wesentlichen Inhalte von Veröffentlichungen kämen gut an. Die Abteilungsleiterin nahm die Anerkennung gerne stellvertretend für die hierfür Verantwortlichen bei SenFin entgegen.

„Ruhelassen ist keine Lösung.“

Zum Abschluss forderten die ver.di-Vertreter eine schnelle Klärung des Verfahrens bei Versetzungsanträgen zwischen Berliner Finanzämtern. Die aktuelle Situation bezeichnete Frau Klose als unbefriedigend. *„Jetzt aber längere Zeit über Anträge nicht zu entscheiden, ist auch keine Lösung“*, so Jörg Bewersdorf. *„Wir brauchen ein transparentes und gerechtes Verfahren.“* Frau Klose machte deutlich, dass gerade wegen der Personalsituation Versetzungen zwischen den Finanzämtern kein Wunschkonzert sein können. Sie sicherte aber auch zu, dass Versetzungsanträge aufgrund besonders schwieriger persönlicher Lebenssituationen keinesfalls liegen bleiben werden.